

Parlament. SPÖ und FPÖ könnten noch diese Woche gemeinsamen Antrag stellen. ÖVP erwägt Gegen-Ausschuss.

Rot-blauer Plan: Neuer U-Ausschuss gegen ÖVP steht bevor

VON KLAUS KNITTELFELDER

Wien. „Die Opposition wird wohl einen Untersuchungsausschuss einrichten. An diesem werden wir uns, in gewohnter Tradition, aktiv mit guter, sachlicher Aufklärungsarbeit beteiligen.“ So reagierte Olga Voglauer, Generalsekretärin der Grünen, am Dienstagabend auf die neuen Vorwürfe gegen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der einem heimlich aufgezeichneten Mitschnitt zufolge Druck auf den mittlerweile verstorbenen Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek ausgeübt haben soll. Sobotka bestreitet die Vorwürfe, er habe nie mit Pilnacek über derlei Angelegenheiten gesprochen oder Gefallen für ÖVP-Politiker verlangt.

Trotzdem rechnet man auch in der ÖVP mit einem von SPÖ und FPÖ verlangten Untersuchungsausschuss. Und dieser dürfte – Stand jetzt – im längst angelaufenen Vorwahlkampf auch kommen: SPÖ und FPÖ sollen sich in den finalen Verhandlungen über einen neuerlichen Untersuchungsausschuss befinden. Mit Sobotka hatte das Vorhaben ursprünglich nichts zu tun: Im Ausschuss soll es um eine Aufarbeitung der Cofag-Milliarden während der Pandemie gehen, neben den Corona-Wirtschaftshilfen will man dem Vernehmen nach Investor René Benko sowie dessen Verbindungen in die Politik ins Visier nehmen. Kurzum: Die politischen Vorwürfe in einem U-Ausschuss würden sich also erneut grosso modo gegen die ÖVP richten – an diesem Punkt kommt nun auch die Causa Sobotka ins Spiel.

Antrag noch diese Woche?

SPÖ und FPÖ beschäftigen sich gerade mit der Frage, ob man den Antrag noch um die Angelegenheit erweitern könnte. Schließlich gehe es in der Causa Sobotka, wie man in der Opposition hört, ebenfalls um die Machtpolitik der ÖVP, daher könnte der ursprüngliche Plan um diese Facette erweitert werden, heißt es. SPÖ-Mandatar Kai Jan Krainer sprach sich am Mittwoch gegen einen eigenen U-Ausschuss zur Causa Sobotka aus. Jedenfalls aber liefere die Causa SPÖ und FPÖ ein weiteres Argument, diese Woche das Verlangen einzubringen. Die Neos sind dem Vernehmen nach nicht mit dabei, ihre Stimmen werden für die Einsetzung aber auch nicht benötigt, weil Rot und Blau über das er-

forderliche Viertel der Abgeordneten verfügen.

Eingebracht werden könnte das Verlangen auf einen neuerlichen U-Ausschuss noch diese Woche. Offiziell äußern sich SPÖ und FPÖ nicht zu den Verhandlungen – die Blauen erklären lediglich, dass in den nächsten Tagen eine Entscheidung verkündet werde. Fix ist indes die Einsetzung einer Untersuchungskommission durch Justizministerin Alma Zadić. „In den medial verbreiteten Tonbandaufnahmen werden schwere Vorwürfe erhoben“, sagte die Grüne, daher müsse eine Kommission für Transparenz und Aufklärung sorgen, solche Kommissionen gab es bereits nach dem Finanzdebakel um die Hypo Alpe Adria sowie nach dem Terroranschlag in Wien.

In punkto U-Ausschuss drängt aus Sicht von SPÖ und FPÖ indes die Zeit, sofern man das Vorhaben noch in dieser Periode – sprich: im Wahlkampf – starten will: Allein vom Verlangen bis zur Einsetzung eines U-Ausschusses vergehen rund zwei Monate, es muss erst einmal an den Geschäftsordnungsausschuss verwiesen werden, hernach sind noch allerhand Eckpunkte bis hin zur Person des Verfahrens-

“
In den medial verbreiteten Aufnahmen werden schwere Vorwürfe erhoben.

Alma Zadić
Justizministerin

richters zu klären und Auskunftspersonen zu laden. Realistischerweise würden selbst bei einem jetzt eingebrachten Ausschuss-Verlangen die Befragungen also nicht vor März beginnen, glaubt Parlamentsexperte Werner Zögernitz. Damit noch vor der Nationalratswahl im Herbst ein Bericht vorliegt, müssten die Befragungen Anfang Juni, also rund um die EU-Wahl, enden, sagt er.

In der Volkspartei will man Insidern zufolge nun „nicht einfach auf die Watschen warten“, sondern eine Gegenoffensive vorbereiten: Für den Fall eines neuerlichen Untersuchungsausschusses der Opposition gedenkt man selbst einen einzubringen, hört man im türkisen Parlamentsklub. Die ÖVP kann dies im Alleingang tun, sie verfügt als einzige Fraktion über mehr als ein Viertel der Abgeordneten. Die Koalition wolle man damit nicht gefährden, heißt es, mit einer Zustimmung der Grünen wird dennoch nicht gerechnet. Inhaltlich hätte das Ganze wohl wenig mit den jüngst irrtümlich publik gewordenen Vorarbeiten für einen Ausschuss zu tun, sondern würde sich thematisch am rot-blauen Ansinnen orientieren, heißt es.